

Antrag

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Dr. Sahra Wagenknecht, Ali Al-Dailami, Klaus Ernst, Andrej Hunko, Christian Leye, Amira Mohamed Ali, Zaklin Nastic, Jessica Tatti, Alexander Ulrich und der Gruppe BSW

Keine Lieferung der Taurus-Marschflugkörper – Diplomatie zur Beendigung des Ukraine-Krieges unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Aufruf von Papst Franziskus für die Aufnahme von Friedensverhandlungen zur Beendigung des Ukraine-Krieges unter internationaler Vermittlung verdient Unterstützung: „Verhandlungen sind nie eine Kapitulation. Es ist der Mut, das Land nicht in den Selbstmord zu treiben.“ Dem tragen auch der türkische Vorschlag eines Friedensgipfels und die Vermittlungsgespräche des Sondergesandten der Volksrepublik China Rechnung. Die ukrainische Regierung unter Präsident Wolodymyr Selenskyj hat die türkische Friedensinitiative wie auch den Appell von Papst Franziskus für eine Verhandlungslösung zurückgewiesen und hält seit Ende September 2022 ein Dekret in Kraft, das Verhandlungen mit Russland verbietet.

Immer mehr Ukrainer desertieren (Doppelt so viele Verfahren wie 2022 und 2023 zusammen: Zahl der Deserteure in der Ukraine soll deutlich gestiegen sein). Die Zahl der Zwangsrekrutierungen durch die Ukraine nimmt massiv zu (Ukraine: Flucht vor der Front – Der Widerstand gegen Zwangsrekrutierungen). In Umfragen sprechen sich inzwischen 64 Prozent der Ukrainerinnen und Ukrainer für Verhandlungen mit Russland aus „um die Feindseligkeiten einzufrieren“ (Ukraine: 64 Prozent wollen Verhandlungen mit Russland – neuer Höchstwert). Der künftige US-Präsident Donald Trump hat die Lieferung und den Einsatz weitreichender US-Raketen für Angriffe auf Russland mit den Worten: „Wir eskalieren diesen Krieg nur und machen ihn noch schlimmer“ scharf verurteilt, nachdem US-Präsident Joe Biden der Ukraine Mitte November 2024 grünes Licht für den Einsatz von US-Raketen des Typs ATACMS mit einer Reichweite von 300 Kilometern gegeben hatte. Joe Biden hatte sich in der Vergangenheit geweigert, diesen Schritt zu gehen, um, wie er selbst betonte, einen Dritten Weltkrieg zu vermeiden. Es bleibt die Frage, warum dies nicht mehr gelten soll und er dies nunmehr riskiert.

Die Last-Minute-Entscheidung Washingtons wurde von Großbritannien und Frankreich binnen kurzem nachvollzogen. Damit steigt das Risiko einer weiteren Eskalation und Ausweitung des Krieges für ganz Europa extrem. In diesem Fall droht auch Deutschland zum Ziel russischer Angriffe zu werden.

Deutschland ist mittlerweile der größte europäische Waffenlieferant der Ukraine. Auch die Lieferung von deutschen Taurus-Marschflugkörpern wird den Stellungs- und Abnutzungskrieg, der bereits mehrere hunderttausende Tote und Verletzte auf beiden Seiten gefordert hat, nicht zu Gunsten der Ukraine ändern. Das hat die Luftwaffenfüh-

rung der Bundeswehr in dem abgehörten Gespräch vom 19. Februar 2024 bestätigt. Vielmehr birgt die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern, die mit einer Reichweite von 500 Kilometern russische Großstädte wie Moskau treffen können, enormes Eskalationspotenzial und würde durch eine weitere Verwicklung Deutschlands in den Krieg das Risiko einer unmittelbaren Konfrontation zwischen der NATO und Russland erhöhen sowie die Chancen für eine diplomatische Verhandlungslösung schmälern.

Der Bundeskanzler Olaf Scholz hat bisher eine Lieferung der Taurus ausgeschlossen, da Deutschland Gefahr laufe in den Krieg zwischen Russland und der Ukraine hineingezogen zu werden (Scholz: Keine „Taurus“ für die Ukraine – DW – 18.11.2024). Der Bundeskanzler Olaf Scholz hatte allerdings in der Vergangenheit mehrfach seine Meinung in Bezug auf die Lieferung von Waffensystemen an die Ukraine geändert, wie etwa bei den Leopard-Kampfpanzern. So ist auch im Hinblick auf die Lieferung der Taurus-Lenk Waffen fraglich, ob Scholz bei seiner Ablehnung der Lieferungen bleibt.

Der Kanzlerkandidat und Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Friedrich Merz, hatte der Ukraine bereits im Oktober 2024 per Ultimatum an Russland die Lieferung der Taurus in Aussicht gestellt, sollte er Kanzler werden (Friedrich Merz: Ultimatum von 24 Stunden an Putin, sonst Einsatz von Taurus). Zwar bestritt Merz im Nachhinein der Atommacht Russland eine Frist gesetzt zu haben, hielt gleichzeitig aber an seiner Erklärung fest, der Ukraine deutsche Taurus-Marschflugkörper für Angriffe tief in Russland liefern zu wollen.

Strittig bleibt, ob zum Einsatz der Taurus zwingend deutsche Bundeswehrsoldaten in die Ukraine entsandt werden müssen. Taurus-Lieferungen erhöhen das Risiko eines deutschen Kriegseintritts und der massiven Ausweitung des Krieges bis hin zu einem Dritten Weltkrieg.

Eine Taurus-Lieferung ist auch mit der historischen Verantwortung Deutschlands vor dem Hintergrund der Ermordung von 27 Millionen Sowjetbürgern im Zweiten Weltkrieg und dem Friedensgebot des Grundgesetzes unvereinbar. Eine große Mehrheit von 61 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland lehnt die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern in die Ukraine ab (Ukraine: Umfrage – So stehen Deutsche zu Taurus-Lieferungen).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sicherzustellen, dass keine Taurus-Lenk Waffen an die Ukraine geliefert werden;
2. alles zu tun, um eine weitere Eskalation des Krieges in der Ukraine hin zu einem Weltkrieg zu verhindern;
3. dem Stellen von Ultimaten an andere Länder als Teil deutscher Politik, die einen Kriegseintritt Deutschlands riskiert, eine klare Absage zu erteilen;
4. diplomatische Initiativen zur Beendigung des Krieges zwischen Russland und der Ukraine tatkräftig zu unterstützen, statt den Krieg durch immer umfangreichere Waffenlieferungen zu verlängern und dafür in immer größerem Umfang deutsches Steuergeld bereitzustellen;
5. internationale Friedensinitiativen wie die von China und Brasilien zu unterstützen;
6. Russland und die Ukraine zur Aufnahme von Gesprächen über einen sofortigen Waffenstillstand zu drängen und die Regierung Selenskyj zur Rücknahme des Dekrets, das Verhandlungen mit Russland verbietet, anzuhalten.

Berlin, den 18. Dezember 2024

Dr. Sahra Wagenknecht und Gruppe